

**Fachregierungserklärung des Staatsministers für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, Wolfram Günther, in der Plenarsitzung des Sächsischen Landtags am
21. September 2022**

Sperrfrist: Beginn der Rede

Hinweis: Es gilt das gesprochene Wort!

**„Energiewende in Sachsen aktiv gestalten - eine gute Zukunft für
den Freistaat sichern“**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Versorgung mit Energie ist existenziell für unsere Gesellschaft. Sie ist das Blut in ihrem Organismus. Die Versorgung mit Energie ist Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, ist Umweltpolitik und auch Sicherheitspolitik. Das sollte seit spätestens dem 24. Februars 2022 jedem Bewusst geworden sein.

Russlands Krieg gegen seinen Nachbarn ist brutal; Putins Begründungen sind verlogen bis zynisch. Er stellt wesentliche, über Jahrzehnte gewachsene Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit in Frage und befeuert mörderischen Nationalismus weltweit. „Nationalismus heißt Krieg“, hat der frühere französische Präsident Mitterand mal gesagt. Er hatte Recht.

Darüber hinaus hat sich in Russland ein mafiaartiges, oligarchisches System etabliert – völlig rücksichtslos gegenüber der eigenen Bevölkerung, den Menschen und Staaten in seiner Nachbarschaft und weltweit. Diese Kräfte wollen statt eines Systems des Rechts ein System der Gewalt, der Ausbeutung und des Krieges, der Lüge und Erpressung.

Deshalb geht es darum, dass diese Kräfte kein Oberwasser bekommen; deshalb hat die EU gemeinsam mit vielen Staaten Sanktionen vereinbart. Es geht um nicht weniger, als die Freiheit der demokratisch verfassten Welt. Hier politisch standhaft zu bleiben, sind wir unseren Kindern und Kindeskindern ebenso schuldig, wie eine wirklich nachhaltige – sprich: enkeltaugliche Politik und konsequenten Klimaschutz.

Nichts von den jüngst viel diskutierten Erkenntnissen zur fatalen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und von einzelnen Energieexporteuren ist neu. Das alles ist seit Jahren in Wissenschaft und Gesellschaft bekannt. Doch die tatsächliche Verwendung dieser Abhängigkeit als Waffe in einem Energiekrieg stellt sie in ein helles Schlaglicht.

Russland hat das Gas künstlich und systematisch verknappt und treibt die Preise in die Höhe. Das politische Gedächtnis ist ja manchmal kurz. Deshalb möchte ich hier in Erinnerung rufen, dass wir schon im Herbst letzten Jahres und um den Jahreswechsel über stark gestiegene Gas- und Energiepreise gesprochen haben – also lange vor dem Überfall Putins und noch länger vor den Sanktionen vor allem des Westens.

Hintergrund war, dass Russland erstens seit dem Spätsommer 2021 willkürlich kein Gas mehr an Spotmärkten angeboten und damit dort Verknappung und steigende Preise ausgelöst hat, die auf die Terminmärkte durchschlagen mussten und in der Folge auch die Strommärkte infizierten.

Gleichzeitig leerte man die Speicher, die sich in Deutschland in russischer Hand befanden. Die Frage, wieso eigentlich strategisch wichtige Energieinfrastruktur in der Bundesrepublik auch noch nach der Kriminvasion mit Genehmigung der Bundesregierung in russische Hand kommen konnte, sei erlaubt. So etwas darf nie wieder passieren.

Aus heutiger Sicht war das eine mindestens monatelange, wenn nicht jahrelange Vorbereitung der Erpressung Westeuropas mit der Hand am Gashahn. Wir haben davor gewarnt – auch in diesem hohen Haus. Andere fanden nichts dabei, eine 55-prozentige Abhängigkeit von Putins Gas mit Nord-Stream II noch deutlich weiter zu erhöhen.

Wir spüren jetzt schmerzlich, dass wir für unsere Gasversorgung – und damit für einen wichtigen Teil unserer Energie- und Wärmeversorgung – bisher einfach keine Absicherung eingebaut hatten. Das süße Gift des scheinbar billigen Pipelinegases aus Russland hat gewirkt. Die Versicherungsprämie schien uns zu teuer. Nun brennt es, und wir sind nicht versichert.

Hätten wir die Diversifizierung in den letzten Jahren vorangetrieben – und es gab EU-Strategien und eine Reihe von Stimmen, die dazu geraten haben – dann hätten unsere Gasimporteure heute gültige Langfristlieferverträge mit vielen Lieferanten aus aller Welt. Die hätten stabile Preiskorridore und wir müssten uns um Notkäufe an engen Spotmärkten, um

Gaspreisdeckel und viele der heutigen akuten Probleme im gegenwärtigen dramatischen Ausmaß keine Gedanken machen.

Diese jahrelangen Versäumnisse müssen nun binnen weniger Monate korrigiert werden. Und daran arbeiten wir nicht erst seit gestern, sondern bereits seit über einem Jahr. Auf meine Veranlassung hin gibt es schon seit September 2021 - also deutlich schon vor Kriegsbeginn – zahlreiche Gespräche mit der Energiewirtschaft, den Wirtschaftskammern und Verbänden zu den Energiepreisen – in der Regel zusammen mit dem SMWA.

Ebenso gibt es seit über einem Jahr systematische Gespräche meines Hauses und von mir mit Bundesregierung mit dem Ergebnis einer gezielten Abschaffung der EEG-Umlage, dem Ausbau Erneuerbarer Energien in Oster- und Sommerpaket, zur Gasspeicherstrategie. Dabei arbeite ich eng mit den Energieministern aller Bundesländer zusammen, die im Angesicht der Herausforderungen in der letzten Woche beschlossen haben, eine ständige Energieministerkonferenz ins Leben zu rufen.

Als eines der ersten Länder hat Sachsen unter Verantwortung meines Hauses im Frühjahr ein Krisenteam eingerichtet. Unter Federführung des Ministeriums arbeitet eine interministerielle Arbeitsgruppe an konkreten Schritten zur Bewältigung der Krise auf Landesebene.

Die Energiekrise berührt viele Ressorts. Deshalb arbeiten wir in der Staatsregierung auch dazu eng zusammen. Auf einem gemeinsamen Energiegipfel haben wir konkrete Maßnahmen von Brennstoffwechsel bis Härtefallfonds vereinbart, an denen wir zusammen mit Hochdruck arbeiten. Das ist ein Team-Spiel für uns in der Staatsregierung. Das ist ein Team-Spiel der gesamten Gesellschaft, Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft.

Der Bundeswirtschaftsminister hat mittlerweile daran gearbeitet, die Bezugsquellen für Gas zu erweitern und den Ausbau der Infrastruktur – sprich der LNG-Terminals vorangebracht. Sechs Flüssigerdgas-Terminals befinden sich in Planung oder bereits im Bau. In Lubmin bei Greifswald und Wilhelmshaven sollen bis Ende 2022 die ersten dieser Anlagen in Betrieb gehen.

Das Thema Flüssiggas ist für mich als Klimaschutzminister durchaus eine zweiseitige Angelegenheit, weil durch diese Investitionen ein Lock-in bei einem fossilen Energieträger droht. Diese Vorhaben sind jedoch kurzfristig absolut unverzichtbar und sie lassen sich mit der Klimapolitik vereinbaren, wenn sie konsequent auf die Eignung auch für Wasserstoffderivate wie Ammoniak und grünes Methan ausgelegt werden.

Mir ist völlig klar, dass knappes Gas und die Teuerung unser Land, unsere Gesellschaft an den Rand der Belastungsfähigkeit bringen. Diese exzessiven Preise tun weh. Das betrifft alle Lebensbereiche, das trifft uns als Bürgerinnen und Bürger – und da vor allem diejenigen, die keine finanziellen Reserven haben und auch so schon schauen müssen, wie sie über die Runden kommen. Das betrifft die Unternehmen, die soziale Infrastruktur, Wissenschaft, Kultur, Sport – eigentlich alles.

Mit den Entlastungspaketen des Bundes gibt es bereits etliche Maßnahmen und Vorkehrungen, um die Auswirkungen des Krieges ökonomisch und sozial abzufedern – auch wenn Kritik daran berechtigt ist. Wichtig ist mir dabei, dass nun auch Handwerk und Mittelstand adressiert werden. Außerdem hat der Bund mit der Novelle des Energiesicherungsgesetzes, mit dem Gasspeichergesetz und anderen Regelungen die Energiesicherheit verbessert. Weitere Schritte stehen hier an.

Zugleich brauchen wir Mechanismen zur Senkung der in zum Teil absurde Höhen gallopierten Preise. Deshalb plädieren wir, die Energieministerinnen und Energieminister in Deutschland dafür, dass der Bund ein Modell zur Preisdämpfung entwickelt, das einerseits einen klaren Anreiz zu Energieeinsparung setzt und andererseits sozial gerecht, nachvollziehbar und praktikabel ist. Das böte der Wirtschaft und den privaten Haushalten Sicherheit. Wir haben dazu erst letzte Woche beim Energieministertreffen einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Ebenso wichtig ist mir, dass wir die derzeitigen, in dieser Größenordnung von keinem Marktteilnehmer je für möglich gehaltenen Zufallsgewinne zur Senkung der Energiekosten für die ganze Gesellschaft einsetzen. Besonders einfach wird das dort gehen, wo am Spotmarkt gehandelt wird und bereits ein Umlagemechanismus existiert.

Auf europäischer Ebene werden dazu noch Instrumente intensiv diskutiert, die auch temporäre Eingriffe in Marktmechanismen und die Preisbildung auf den Märkten nicht ausschließen, um etwa exorbitante Gaspreise zu dämpfen und deren Einfluss auf den Strommarkt zu isolieren. Auch da sind wir offen, wenngleich durchaus vorsichtig, weil diese Marktmechanismen in der Vergangenheit in Europa auch für Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiepreise gesorgt haben.

In der aktuellen Lage mit ihren komplexen Auswirkungen oder auch bei drohenden Forderungsausfällen ist es entscheidend, dass Stadtwerke und regionale Versorger die notwendige Unterstützung erhalten, um existenzbedrohende Situationen zu vermeiden. Hier

braucht es mehr Hilfe vom Bund, aber auch eine kluge und im Einzelfall zielgenaue Ergänzung durch Instrumente des Landes.

Meine Damen und Herren, egal, wer wo politisch steht: Wir können festhalten: die Lage ist sehr angespannt. Es ist weder eine rein sächsische noch eine allein nationale Lage. Gleichwohl sind auf allen Ebenen Lösungsbeiträge möglich und notwendig.

Alle Maßnahmen im Bund und in der EU sind darauf ausgerichtet, eine flächendeckende Gasmangellage gar nicht erst entstehen zu lassen. Denn staatlich angeordnete Gaszuteilungen – die in so einer Situation erforderlich würden – lassen keinen Platz für gute Lösungen. Es gäbe nur schlechte und sehr schlechte Optionen.

Mit Blick auf eine etwaige Mangellage wünschen wir uns als Freistaat – wie auch die anderen Länder – umfassendere Informationen seitens der Bundesnetzagentur. Dies habe ich in der letzten Woche in einem von unserem Haus organisierten Gespräch mit dem Präsidenten der Bundesnetzagentur, Klaus Müller und vielen Vertretern von Wirtschaft, Verbänden und Staatsregierung deutlich zum Ausdruck gebracht.

Wir brauchen Klarheit, was den Kriterienkatalog für den sogenannten Bundeslastverteiler angeht. Es geht letztlich um zwei Fragen. Erstens: Nach welchen Kriterien würde die Bundesnetzagentur eine Gasmangellage ausrufen. Und zweitens: Was sind die Voraussetzungen für Entscheidungen der Netzagentur, für einzelne, große Abnehmer den Gasverbrauch temporär einzuschränken.

Die Bundesnetzagentur hat sich zwar unter enormem Zeitdruck einen Überblick über große Abnehmer bundesweit sowie über deren direkte Betroffenheiten verschafft. Doch solche Gasabnehmer sind nicht selten beispielsweise auf Ebene eines Stadtwerks. Doch bis zu den Abnehmern dahinter, etwa mittelständischen, aber für Lieferketten sehr relevanten Unternehmen, reicht die Datenlage der Bundesnetzagentur nicht.

Das halten wir für schwierig, wenn gut abzuwägende Entscheidungen getroffen werden müssen. Deshalb werden wir vor Ort unsere Abstimmungen mit den sächsischen Akteurinnen und Akteuren noch einmal intensivieren. Es geht dabei um soziale Folgen, mögliche betriebswirtschaftliche Schäden, Lieferketten und die Differenzierung nach lebenswichtigen Bedarfen für den Fall der Gasmangellage. In unseren Krisenstrukturen auf Landesebene arbeiten daran.

Meine Damen und Herren, um es ganz klar zu sagen: wir haben in der Bundesrepublik Deutschland heute weder eine Gasmangellage noch eine Strommangellage. Was wir allerdings haben, ist eine eklatante Preiskrise. Deutschland hat allein im ersten Halbjahr 2022 mehr Strom exportiert als im ganzen Vorjahr. Die zu Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine noch bestehende Abhängigkeit von russischen Erdgas von etwa 55 Prozent wurde binnen weniger Monate auf weniger als zehn Prozent gesenkt.

Seit einigen Tagen fließt keinerlei russisches Gas mehr aus Osten in unsere Netze und die Speicher werden dennoch weiter – wenn auch langsamer – gefüllt. Kaum jemand hatte einen so schnellen Erfolg der Diversifizierungsanstrengungen erwartet. Die gesetzlichen Speicherfüllstände wurden rascher erreicht als vorgegeben.

Das sind positive Signale in Richtung der Vermeidbarkeit einer Gasmangellage im kommenden Winter. Jedoch reicht das noch nicht aus. Der entscheidende Parameter ist der Gasverbrauch.

Während die Industrie etwa durch Brennstoffwechsel, durch Anpassung der Produktion und zunehmend auch durch Nutzung neuer Möglichkeiten am Gasmarkt, eingesparte Gasmengen per Auktion zu vermarkten, bereits deutliche Einsparungen erreicht hat, ist im privaten Bereich noch Einsparpotenzial zu heben. Allerdings ist auch klar, dass wir Produktionsstopps oder Betriebsaufgaben vermeiden müssen. Dadurch erzielte Einsparungen zähle ich natürlich nicht dazu.

Die derzeitige Gaspreiskrise und die dadurch unmittelbar verursachte Strompreiskrise sind so unmittelbar bedrohlich, dass sie viele andere Probleme überdecken. Wir werden sie gemeinsam überwinden und dann tritt überdeutlich wieder hervor, was kurzzeitig verdeckt war: die immer deutlicheren Folgen der Klimakrise: in unserem Wasserhaushalt, im Wald und auf den Feldern, in Dürre und Überflutung, im Verschwinden der europäischen Gletscher, in globalen Fluchtbewegungen.

Die Fakten lauten auch in Sachsen: Die Jahresdurchschnittstemperatur ist gestiegen - im Zeitraum 1991 bis 2020 gegenüber der Referenzperiode 1961–1990 um über ein Grad Celsius. Und sie steigt weiter. Hinzu kommt: Die Klimaprojektionen lassen erwarten, dass sich der Trend beschleunigt fortsetzt. Die Dürren vor allem in Nord- und Ostsachsen oder die Zunahme extremer Wetterereignisse wie Stürme und Starkregen sprechen eine klare Sprache auch in Sachsen.

Ich könnte hier viel darüber berichten, wie stark die Klimakrise Sachsen betrifft. Ich könnte hier umfangreich auflisten, welche Probleme wir bereits jetzt in der Land- und Forstwirtschaft haben, wie die Menschen in den Städten mit der Hitze kämpfen oder welchen Herausforderungen unsere Wasserversorgung gegenübersteht. Das lasse ich - bitte Sie jedoch, diese Gesichtspunkte bei meinen Ausführungen mitzudenken.

Auf eine Folge der Klimakrise möchte ich jedoch verweisen: Die Dürre hat mittlerweile Folgen für Kohle- und Atomkraftwerke in Europa. Viele Anlagen gerade in Frankreich haben nicht mehr genug Kühlwasser zur Verfügung und mussten ihre Produktion bereits drosseln oder ganz einstellen.

Eine Reihe anderer Anlagen ist defekt. Routinemäßige Untersuchungen hatten kritische Sicherheitsmängel offenbart, die längere Abschaltung für die Reparatur unumgänglich machen. Wir können uns also nicht mehr auf sie verlassen. Und auch die Wasserkraft bekommt Probleme, wenn Flüsse nicht mehr genug Wasser führen oder die Füllstände der Speicher gering sind.

Die Energiewende als Gegenmittel zur Klimakrise, als Garant für Energiesouveränität, als Treiber für Innovationen wurde auf allen politischen Ebenen über lange Zeit verschlafen, verzögert, blockiert. Auch hier sind die Wissenschaften oder die Politikerinnen und Politiker, die gemahnt – die auch politische Leitlinien entwickelt haben – lange Zeit ignoriert worden.

Dabei belasse ich es auch. Denn jetzt lange über die viele vergossene Milch zu klagen, bringt nichts. Denn wir können aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Wir haben die technischen Möglichkeiten und wir haben die Ressourcen! Wir müssen noch entschlossener handeln.

Und da tut sich ja auch etwas. Es gibt starke Gegenbewegungen, es gibt Politikwechsel, es gibt Abkommen, es gibt technologische Entwicklungen und die Wirtschaft ist an der Energiewende interessiert. Kurz: Die Welt ist auf dem Weg zur Klimaneutralität. Jetzt kommt es auf Geschwindigkeit an.

In dieser Zeitenwende ist die Energiewende nötiger und dringender denn je. Klimaschutz, Energiesouveränität und wirtschaftliche Entwicklung mit berechenbar bezahlbaren Energiepreisen sind nur mit erneuerbaren Energien möglich.

Die politischen und rechtlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren substantiell in diese Richtung verändert – angefangen beim Pariser

Klimaabkommen über die EU und den Bund bis zur Landesebene und bis hinein in die Kommunen.

Stichwort EU: Brüssel hat wichtige Schritte unternommen, damit Europa klimaneutral wird. Ich meine den so genannten Green Deal. Damit will die EU dieses Ziel bis 2050 erreichen. Und das Zwischenziel der EU bis 2030 lautet, dass die Netto-Emissionen von Treibhausgasen um mindestens 55 Prozent gesenkt werden.

Untersetzt wird das mit Regularien und Förderungen unter anderem in den Bereichen Verkehr, Handel, Industrie, Landwirtschaft und nicht zuletzt der Energieversorgung. Einen wichtigen Punkt möchte ich hervorheben – nämlich die Ausweitung des Emissionshandels, also letztlich der CO₂-Bepreisung. Das ist ein sehr wichtiger Hebel.

Auch auf Bundesebene haben wir mittlerweile deutlich ambitioniertere Ziele und vor allem konkrete Maßnahmen. In acht Jahren, meine Damen und Herren, sollen 80 Prozent des nationalen Strombedarfs aus regenerativen Energien gedeckt werden. Eines nunmehr auch realistisch prognostizierten Strombedarfs, der etwa 20-30 Prozent höher sein wird als heute.

Der Ausbau der Erneuerbaren erfolgt nun im überragenden öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Sicherheit. Die EEG-Umlage ist für die Verbraucherinnen und Verbraucher auf Null gesetzt und bezüglich der Windenergie definiert der Bund ein Flächenziel von zwei Prozent der Landfläche für Windenergieanlagen bis 2032. Zudem können Kommunen im Zusammenhang mit der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen auch bei Bestandsanlagen von den Erträgen profitieren. Das ist ein zusätzlicher Anreiz.

Die Absenkung der EEG-Umlage bis auf Null und die Beteiligung von Kommunen an Erträgen sind mir seit Jahren wichtige Anliegen gewesen. Im Bund und in den Bund-Länder-Gremien haben wir uns dafür in den letzten zwei Jahren beharrlich und erfolgreich eingesetzt. Die Debatte habe ich 2020 im Bundesrat gestartet.

Ein wichtiger Treiber für den Klimaschutz ist unser eigenes Grundgesetz. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Beschluss vom Frühjahr 2021 höchstrichterlich klargestellt, dass wir Klimaschutz ausweiten müssen. Wenn wir das nicht tun, engen wir die Freiheitsrechte künftiger Generationen ein. Ein Urteil, dessen Bedeutung man überhaupt nicht überschätzen kann.

Die Klimakrise ist auch in der Wirtschaft mittlerweile ein entscheidendes Thema. Die Unternehmen sind auf dem Weg zur Klimaneutralität – aus eigener Entscheidung oder als Zulieferer. Der Ausbau der „Erneuerbaren“ ist inzwischen ein knallharter Standortfaktor. Unternehmen brauchen regional produzierten, grünen Strom und fragen dessen Verfügbarkeit nach. Sie stellen ihre Produktion um oder bereiten sich auf die Wasserstoffnutzung vor. Das sind zum Beispiel im internationalen Wettbewerb stehende Betriebe der Automobilindustrie, das sind Betriebe des Anlagebaus oder die energieintensiven Betriebe im sogenannten Industriebogen im Landkreis Meißen. Denen ist klar: Die Pariser Klimaziele gelten weltweit.

Der Ruf nach massiver Beschleunigung der Energiewende im Freistaat Sachsen war auch auf dem Mitteldeutschen Wasserstoffkongress am Freitag letzter Woche zu vernehmen: unisono und überdeutlich. Wenn inzwischen wichtige Unternehmen und Infrastrukturbetreiber von drohender Deindustrialisierung sprechen, sollte Sachsen bei kostengünstiger Energie aus Wind und Sonne nicht sehr schnell und sehr grundsätzlich Fahrt aufnehmen, so muss uns das eine ernste Mahnung sein. Das ist eine gelbe Karte mit rotem Rand, meine Damen und Herren.

Diese Unternehmen sind wichtige Akteure, sie geben der Politik und der Wirtschaft durchaus Schub und bereiten idealerweise den Boden dafür, dass die Energiewende proaktiv in der gesamten Wirtschaft erfolgt.

Gleichzeitig ist die Energiewende ein Innovationstreiber. Hier geht es um die Technologien von morgen und nicht mehr um die von vorgestern. Verschiedenste und an die jeweiligen Bedarfe angepasste Speicherlösungen, Wasserstoffanwendungen und die Sektorenkopplung sind wesentliche Stichworte.

Meine Damen und Herren, die grundsätzliche Bedeutung des Themas Energie war uns, den Vertreterinnen und Vertretern der CDU, der SPD und der Grünen auch vor rund drei Jahren sehr bewusst, als wir uns nach der Landtagswahl zusammengesetzt und die Basis für die gemeinsame Regierungsarbeit bis 2024 haben. Wir haben im Ergebnis seit Anfang 2020 energiepolitisch sehr wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht.

Meines Erachtens war und ist klar: Wir müssen auch bei uns schnell vorankommen mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien. Auch in Sachsen und vielen anderen Bundesländern fährt die Energiewende gerade unaufhaltsam hoch, nachdem sie jahrelang ausgebremst wurde.

Es wäre meiner Meinung nach eine Lebenslüge tragischen Ausmaßes, wenn wir glaubten, wir im Freistaat könnten uns da irgendwie um diese Energiewende drumherum mogeln, die auf europäischer und nationaler Ebene passiert. Es wird nicht funktionieren, wenn wir die Energiewende lediglich die anderen machen lassen. Im Gegenteil: Das würde dem Wirtschafts- und Industriestandort Sachsen die Perspektive und Grundlage entziehen und damit unsere Zukunftsperspektive zerstören. Mein Anspruch ist daher, dass wir Sachsen als Teil Deutschlands und Europas begreifen. Wir sollten Teil der Lösung sein.

Ich möchte nun skizzieren, was wir geschafft und was wir noch vor uns haben.

Ein grundlegendes Vorhaben - im wahrsten Sinne des Wortes - war die Erstellung des Energie- und Klimaprogramms 2021 - kurz: EKP

Das EKP ist die Basis für Energiewende, Klimaschutz und Klimaanpassung in Sachsen. Es ist die Basis für den Ausbau der Stromproduktion aus Sonne und Wind, die Basis für Wärmewende, kommunalen Klimaschutz und für kommende Richtlinien und Förderprogramme.

Das EKP ist auch die Grundlage, damit wir unseren Beitrag zu den völkerrechtlich verbindlichen Paris-Zielen leisten können. Und es ist Voraussetzung, damit Sachsen Energie- und Industrieland bleibt.

Das vorherige Programm stammte aus dem Jahr 2012. Das war so sehr durch die Realität überholt, dass es nicht einfach um eine Fortschreibung ging. Wir haben also ein neues Programm erstellt - mit ambitionierten Zielen. Es geht um einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien und eine deutliche Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen.

Für das Jahr 2030 sollen im Vergleich zu 2019 insgesamt 10 Terawattstunden pro Jahr zusätzlich aus erneuerbaren Energien gewonnen. Zum Vergleich: Das entspricht dem Stromverbrauch von 2,5 Millionen Vier-Personen-Haushalten.

Um es ganz klar zu sagen: Das jüngste Gesetzespaket des Bundes zur Energiewirtschaft legt mit zwei Prozent der Landesfläche eine verbindliche Zielmarke vor, die vom Potenzial weit über das sächsische EKP-Ziel hinausgeht. Es ist jedoch ein reines Flächenziel. Die Anlagen dort bauen sich nicht von allein. Und deshalb ist das Energieertragsziel des EKP weiterhin sehr wichtig – denn es ist für uns Richtschnur für konkrete Maßnahmen etwa bei der Beschleunigung von Verfahren.

Über die Ausbauziele bei erneuerbaren Energie hinaus konkretisiert sich das EKP in einem Maßnahmenprogramm mit rund 200 Vorhaben. Diese werden derzeit durch die Staatsregierung angegangen. Denn Energie- und Klimapolitik ist Querschnittspolitik und braucht die Mitwirkung aller.

Ich nenne hier beispielhaft zwei Vorhaben, die für die notwendige Breite unseres Programms stehen:

Um die Energieeffizienz industrieller Prozesse zu erhöhen, sollen Anwender durch die Sächsische Energieagentur dabei unterstützt werden, effiziente Antriebstechnik oder effiziente Wärme- und Kältebereitstellung zu nutzen. Für die Energiewende in industriellen Prozessen bieten sich beispielsweise die Nutzung von Hochtemperatur-Wärmepumpen in Kombination mit Wärmerückgewinnung und Fernwärmenetzen, von Biomasse sowie elektrischer Heizsysteme an.

Für die Anpassung an die Klimakrise sollen Städte und Gemeinden Coaching-, Beratungs- und Bildungsangebote erhalten. Zudem werden Instrumente wie das Kommunale Energiemanagement oder der European Energy Award ausgebaut. Gleiches gilt für die Bilanzierung kommunaler Emissionen von Treibhausgasen.

Zum Maßnahmenprogramm haben wir eine breite Beteiligung aufgesetzt und hierbei wichtige Anmerkungen erhalten. An dieser Stelle herzlichen Dank dafür an alle Stellen, Verbände, Institutionen, die sich hier eingebracht haben. Die Ergebnisse aus der Beteiligung liegen den Ressorts vor und Maßnahmen werden derzeit angepasst.

Ebenfalls erarbeitet haben wir den Bericht zur Emission von Treibhausgasen. Damit zeigen wir die Emissionsentwicklung in Sachsen auf. Der Bericht befindet sich gerade in der Ressortabstimmung und soll im November ins Kabinett. Anschließend legen wir den Bericht dem Landtag vor.

Mit dem EKP haben wir auch eine Basis für den Erfolg des Energieträgers Wasserstoff in Sachsen gelegt. Denn grüner Wasserstoff trägt dazu bei, fossile Energieträger zu ersetzen und die Klimaziele zu erreichen. Dem entsprechend haben wir als weitere programmatische Grundlage eine Wasserstoffstrategie verabschiedet. Auch hier haben wir auf eine breite Einbeziehung der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Energieversorger gesetzt.

In Sachsen wird eine Wasserstoffwirtschaft mit möglichst geschlossenen, regionalen Wertschöpfungsketten aufgebaut – und das mit grün produziertem Wasserstoff. Die Strategie zeigt auf, welche zusätzlichen Maßnahmen in Sachsen über die Angebote von EU und Bund hinaus dafür benötigt werden. Ein Maßnahmenkatalog mit 24 Vorhaben unterstützt die Akteure vor Ort, damit bis 2030 die Voraussetzungen geschaffen werden können, grünen Wasserstoff als Energieträger zu verwenden.

Wir können in Sachsen auf ganz wichtige Stärken, auf umfangreiches Knowhow in der Forschung, der Entwicklung und Fertigung zurückgreifen – und zwar gerade auch im Maschinen- und Anlagenbau. Nicht umsonst arbeitet mein Haus hier eng mit dem Wirtschafts- und dem Wissenschaftsministerium aber auch mit den Clustern, Netzwerken und verschiedensten Einrichtungen zusammen. Danke dafür an alle Beteiligten, Danke auch an meine Kollegen Martin Dulig und Sebastian Gemkow.

Erforderlich ist eine stärkere sektorenübergreifende Elektrifizierung. Darüber hinaus geht es bei der Wasserstoffnutzung um den Einsatz klimaneutraler Alternativen für Anwendungen, die auch langfristig nicht wirtschaftlich effizient elektrifizierbar sind.

Hierzu gehören in Sachsen vor allem Anwendungen in der chemischen Industrie und Projekte zur Herstellung synthetischer Kraftstoffe wie e-Kerosin, das etwa in der Luftfahrt mittelfristig eine realistische technologische Option auf dem Weg zum Ziel Treibhausgasneutralität darstellt. Im Bereich Verkehr und Transport könnte Wasserstoff in der innerbetrieblichen Logistik oder im Schwerlastbereich angewandt werden. Zudem kann Wasserstoff auch im Bahnverkehr auf bestimmten Strecken sinnvoll sein.

Und nicht zuletzt ermöglicht Wasserstoff, große Mengen erneuerbarer Energie zu speichern. Damit ist er perspektivisch ein wichtiger Baustein für die Versorgungssicherheit.

Meine Damen und Herren, soviel zu den konzeptionellen und strategischen Grundlagen. Dabei ist es jedoch nicht geblieben. Denn wir haben weitere Grundlagen geschaffen, damit die „Erneuerbaren“ ausgebaut werden können.

Wir haben die Photovoltaik-Freiflächenverordnung auf den Weg gebracht. Sie sieht vor, dass Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf Acker- oder Grünland in benachteiligten Gebieten für die EEG-Förderung geöffnet werden. Von der Flächenkulisse ausgenommen sind Schutzgebiete sowie Flächen in Natura-2000-Gebieten und in Nationalen Naturmonumenten.

Zur Erläuterung: Die benachteiligten Gebiete sind EU-weit definiert. Es sind Gebiete mit schlechteren landwirtschaftlichen Erträgen - weil zum Beispiel das Klima ungünstig oder die Bodenqualität schlechter ist. Oder weil die Bewirtschaftung schwerfällt, etwa an Berghängen.

Für Anlagenbetreiber, Flächeneigentümer und Kommunen haben sich damit neue Chancen auf langfristig stabile Einnahmen eröffnet. Gleichzeitig ist klar, dass auch Belange des Naturschutzes sowie der Landwirtschaft bei Planung und Genehmigung von Freiflächenanlagen zu berücksichtigen sind. Diese verschiedenen Ziele und Ansprüche tarieren wir mit der Verordnung vernünftig aus.

Der Ausbau der Erneuerbaren braucht Akzeptanz, das heißt, er braucht sachliche Information und er braucht die Beteiligung von Gemeinden, Bürgerinnen und Bürgern.

Wir haben daher bei der Sächsischen Energieagentur SAENA die Dialog- und Servicestelle geschaffen. Damit wollen wir die Akzeptanz von Energiewende und Projekten vor Ort erhöhen. Die Stelle berät und informiert Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen. Außerdem unterstützt sie bei der Bewältigung von Konflikten vor Ort.

Nebenbei bemerkt: Wir haben 2021 eine Akzeptanzbefragung durchgeführt. Das Ergebnis: Ungefähr zwei Drittel der Menschen in Sachsen steht den Erneuerbaren generell positiv gegenüber. Auch zeigt sich, dass überall da, wo bereits Erfahrungen mit Anlagen gesammelt wurden, die Zustimmung größer ist, als dort, wo es diese Erfahrungen noch nicht gibt.

Gleichzeitig werben wir mit einer Kampagne für Energiewende und Klimaschutz - informativ, klar und gut nachvollziehbar.

Ein ganz praktisches Informationsangebot stellt Sachsens Energieagentur SAENA mit dem Solarkataster bereit. Damit können alle Interessierten selbst prüfen, ob es lohnt, auf der eigenen Freifläche oder auf dem eigenen Dach eine Photovoltaikanlage zu errichten. Und ich kann Ihnen sagen: Es lohnt sich auf vielen Dächern.

Aktuell haben wir die Kompetenzstelle Wasserstoff (KH2) ausgeschrieben. Sie soll nach Möglichkeit ihre Arbeit im kommenden Winter beginnen. Aufgabe wird sein, die sächsische Industrie und Wissenschaft, aber auch kommunale Vertreterinnen und Vertreter, Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Medien in wasserstoffspezifischen Fragestellungen zu unterstützen, Akteure zu vernetzen sowie Projekte zu begleiten.

Meine Damen und Herren, die Wasserstoffnutzung bedarf unter Umständen umfangreicher Investitionen in Technologien und Systeme. Das liegt auch im europäischen Interesse. Dementsprechend sollen Vorhaben als so genannte IPCEI-Projekte gefördert werden. Die Abkürzung steht für Important Projects of Common European Interest, auf Deutsch: „Wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse“.

In den Projekten kooperieren europäische Unternehmen und investieren gemeinsam. Dies wird flankiert durch Förderung. In Summe planen Bund und Länder, über acht Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, um Investitionen im Gesamtwert von rund 33 Milliarden Euro zu stimulieren.

Sachsen unterstützt solche Kooperationen derzeit erfolgreich. Vier sächsische Unternehmen sowie zwei international agierende Unternehmen, welche in Sachsen investieren wollen, haben der EU-Kommission ihre zur Prüfung vorgelegt.

Wasserstoff braucht auch Netze. Sachsen stimmt sich daher intensiv mit den Fern- und Verteilnetzbetreibern in Sachsen ab. Es geht darum, koordiniert und effizient ein Wasserstoff-Startnetz in Sachsen zu etablieren. Das ist eine Voraussetzung für eine regionale Wasserstoffwirtschaft entlang der kompletten Wertschöpfungskette.

Und noch etwas möchte ich hervorheben: Wir erleben eine Renaissance der Solarindustrie in Sachsen. Aber wir erleben sie nicht nur, sondern wir unterstützen sie aktiv und strategisch als Keimzelle einer enorm wichtigen europäischen Kompetenz zur technologischen Sicherung der eigenen, künftigen Energieversorgung.

Wir unterstützen sie, weil sie hier in Ostdeutschland exzellente Standortbedingungen hat und mit ihrem gewaltigen Wachstumspotenzial viele Arbeitsplätze schaffen und sichern kann. Wir denken dabei weiter und haben die ganze Wertschöpfungskette im Sinn – von strategisch wichtigen Vorprodukten bis zum Thema Fachkräfte in Installationsbetrieben.

Wir wollen hier viel stärker als bisher den Bund ins Boot holen. Das Ziel soll sein, die strategische Rolle der Halbleiterphotovoltaik für die europäische Energiesouveränität genauso konsequent auszubuchstabieren, wie das in den letzten Jahren mit dem Thema Halbleitermikroelektronik für die digitale europäische Souveränität gelungen ist.

Wir haben als Freistaat Sachsen jüngst einen Entschließungsantrag zu diesem Thema in den Bundesrat eingebracht. Er hat breite Unterstützung gefunden.

Meine Damen und Herren, mein Haus ist ein Ministerium der Zielkonflikte. Auf einen habe ich gerade schon hingewiesen – nämlich die mitunter konkurrierenden Ziele bei der EEG-Förderung von Photovoltaik auf Landwirtschaftsflächen in benachteiligten Gebieten.

Ebenfalls austariert werden muss der Konflikt Windräder versus Artenschutz. Windräder können gerade für größere Vögel wie den Rotmilan gefährlich sein. Deshalb haben wir einen Vogelschutzleitfaden erlassen. Er ist eine Handreichung für alle, die mit der Errichtung von Windenergieanlagen zu tun haben.

Wir tragen hier also zur Lösung eines Zielkonflikts bei. Denn Artenschutz und Energiewende schließen sich nicht aus. Vielmehr sind sie an konkreten Standorten und mit konkreten Maßnahmen umsetzbar. Sachsen war hier Vorreiter, nun zieht der Bund diesbezüglich nach.

Wir haben den Kriterienkatalog zur Bewertung der Standorteignung von Waldflächen für die Errichtung von Windenergieanlagen überarbeitet. Hier sehen wir weiteres Flächenpotenzial für Windenergieanlagen. Allerdings kann dies nur unter klar und eng definierten Voraussetzungen geschehen.

Das geht also nicht pauschal, sondern nur nach Würdigung zum Beispiel von ökologischen und naturschutzrechtlichen Belangen. Es geht um zusätzliche Flächenpotenziale, nachdem die Potenziale außerhalb des Waldes für die Windenergie genutzt werden müssen. Ein einfaches Ausweichen der Windkraft in die Wälder wird es nicht geben

Das bringt natürlich nur dann überhaupt kurzfristig irgendeinen Beschleunigungseffekt, wenn solche Flächen für Vorhaben der Windenergie zugänglich werden. Etliche Kommunen sind an uns herangetreten, weil sie entsprechende Bauleitplanungen beschließen wollen.

Wir setzen noch in diesem Jahr die Koalitionsvereinbarung zur Flexibilisierungsregelung im Landesplanungsrecht um, die auch Gegenstand eines Entschließungsantrages dieses hohen Hauses war. Damit schaffen wir die Grundvoraussetzung für alle in dieser Legislaturperiode wirksamen Öffnungen und Beschleunigungen. Das haben wir in der Koalition gemeinsam verabredet; das haben wir als Staatsregierung auch gegenüber den Kommunen und der Wirtschaft zugesagt.

Wir haben uns auch dafür eingesetzt, dass die so genannte Agri-PV, also eine Zweifachnutzung von Flächen durch Photovoltaik und Landwirtschaft ausgebaut werden kann.

Unser Anliegen war es, mit der EEG-Novelle und in der EU-Agrarförderung die Basis für einen Ausbau von Agri-PV zu erreichen.

Passend dazu: Wir unterstützen Pilotanlagen für Forschung und Demonstration – nämlich ein Floating-PV-Projekt in der Lausitz. Zur Erklärung: Floating PV sind auf Wasserflächen schwimmende Photovoltaikanlagen. Und wir setzen eine landeseigene Agri-PV Forschungs- und Demonstrationsanlage an unserem Lehr- und Versuchsgut in Köllitsch um.

Außerdem unterstützt der Freistaat Entwicklungen zur effizienten Nutzung von Umweltwärme wie Seethermie, Grubenwasserthermie und Großwärmepumpen.

Gerade in der Energiepolitik denken wir global und handeln vor Ort. Ganz zentrale Partner sind deshalb die Kommunen. Kommunen und ihre Einrichtungen können den Energieverbrauch oft mit geringem Aufwand senken.

Lassen Sie mich hierzu ein paar Aspekte ausführen. Mein Haus hat ein Konzept zur Stärkung von Klimaschutz und Klimaanpassung in den Kommunen bis 2030 erarbeitet. Uns geht es darum, Kommunen zu befähigen, damit sie Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen umsetzen können. Wir geben hier Orientierung in einem weiten Themenfeld und vor allem mit Bezug auf die Unterstützungsangebote des Freistaates.

Auch dabei spielt die Sächsische Energieagentur mit ihrer Beratung und Begleitung eine entscheidende Rolle. Außerdem haben wir beim LfULG das Fachzentrum Klima eingerichtet. Das berät zu Klimaanpassung und Klimavorsorge.

Wir streben darüber hinaus eine intensivere Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden im Sinne einer „Kommunalen Klimaallianz Sachsen“ an. Und natürlich gilt weiterhin, dass das kommunale Energiemanagement und der European Energy Award (eea) wesentliche Instrumente sind, um Energieeffizienz und Klimaschutz in Kommunen voran zu bringen.

In Sachsen nehmen momentan 26 Städte, Gemeinden und Landkreise am eea teil. Sie sind damit Multiplikatoren des Anliegens in ihrer jeweiligen Region.

Beim Kommunalen Energiemanagement werden systematisch und laufend Einsparpotentiale erschlossen. Dabei wird das Energiemanagement als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung etabliert. So kann eine Kommune Geld sparen und die CO₂-Emissionen senken.

Sowohl die Kommunen als auch Private sind Adressaten unserer Förderung. Hierzu werden wir neue Angebote vorlegen.

Mit EU-Mitteln und der Kofinanzierung durch den Freistaat möchte Sachsen künftig Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen, für eine zukunftsfähige Energie- und Ressourcenversorgung sowie zur Klimaanpassung unterstützen. Im Mittelpunkt stehen insbesondere

- Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz,
- zur Minderung des Treibhausgasausstoßes,
- zum Ausbau intelligenter Energiesysteme, Netze und Speicher auf lokaler Ebene,
- zum Aufbau einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft sowie
- die anwendungsorientierte Forschung auf den zuvor genannten Gebieten.

Darüber hinaus werden wir mit EFRE-Mitteln und sächsischer Kofinanzierung Vorhaben des Klimaschutzes und zur Klimaanpassung fördern.

Nun wollen wir nicht nur Regelwerke setzen, Rahmenbedingungen schaffen oder fördern. Wir haben auch eine Vorbildfunktion und Verantwortung in eigener Sache. Ich rede hier von der Landesverwaltung, von Einrichtungen des Freistaats und deren Liegenschaften. Wir haben eine erste CO₂-Bilanz der Landesverwaltung abgeschlossen und erstellen einen Masterplan klimabewusste Landesverwaltung.

Der Masterplan soll Ziele und Vorhaben enthalten, um Energieverbrauch und Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Es geht um Gebäude und Liegenschaften, es geht um Mobilität, um die Beschaffung und Green-IT. Die Entwürfe zu Masterplan und konkreten Maßnahmen sind gerade in der finalen Beratung.

Meine Damen und Herren, die zugespitzte Klimakrise, der Krieg Russlands gegen die Ukraine, aber auch der Schub durch die Bundesebene machen deutlich: Was wir bisher in Sachsen geschafft haben, weist in die richtige Richtung, reicht aber bei weitem noch nicht aus.

Wir haben unterm Strich deutlichen Nachholbedarf bei der Windenergie. Sachsen hat es nun selbst in der Hand, ob der Ausbau weiter aktiv gesteuert werden soll. Die Alternative wäre, dass wir gesteuert werden und Planungen seitens Land und Kommunen aus der Hand geben. Dann hätten wir pauschal geltendes Bundesrecht. Das kann niemand wollen.

Allerdings ist auch klar: Wenn wir nur die Zahl der Anlagen zählen, hilft uns das in der Diskussion nur sehr bedingt weiter. Denn mit neuen Anlagen an alten Standorten lässt sich oft ein Vielfaches an Strom produzieren. Das Stichwort lautet „Repowering“.

Ein Beispiel ist der Windpark Sitten an der A 14, wo vier Altanlagen abgebaut und durch zwei Neuanlagen ersetzt werden. Eine davon liefert im Jahr doppelt so viel Strom wie der ganze alte Windpark mit seinen zuvor acht Anlagen. Und jede dieser beiden neuen Anlagen liefert neben Strom auch stabil mindestens 30.000 Euro für die Gemeindekasse – Jahr für Jahr.

Der Nachholbedarf trifft nicht so sehr auf die Photovoltaik zu. Hier haben wir deutlich bessere Ausbautzahlen. Auch hierzu ein Beispiel: Derzeit entsteht in Sachsen – genauer in Witznitz - eines der größten europäischen Solarkraftwerke. Wo früher großflächig Braunkohle gebaggert wurde, sollen künftig über eine Millionen Solarmodule bis zu 650 Megawatt Solarstrom erzeugen. Das entspricht in etwa dem Durchschnittsverbrauch von 200.000 Vier-Personen-Haushalten.

Dieses Beispiel und die insgesamt positive Entwicklung bei der Photovoltaik bedeuten jedoch nicht, dass wir uns Däumchendrehen erlauben könnten. Für mich heißt das auch, dass wir beim Thema PV-Pflicht politische Lösungen und Kompromisse brauchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben seit Wochen und Monaten eine intensive Diskussion zur Energiepolitik. Und ja – wir haben da auch unterschiedliche Meinungen und Einschätzungen innerhalb der Regierung. Ich möchte die bundesweiten Diskussionen kurz aufgreifen.

Eine betrifft die Preisbildung. Natürlich müssen die Preise an den Märkten runter. Das ist existenziell für Bürgerinnen, Bürger und Wirtschaft. Aber der Haken ist doch, dass es nichts bringt, einfach mehr Strom zu produzieren.

Eine simple Ausweitung der Strommengen mit unflexiblen Braunkohle- und Atomkraftwerken nützt hier wenig. Das liegt an der Preisbildung auf Strommärkten. Die sorgt dafür, dass immer die teuerste Kilowattstunde den Preis bestimmt. Und diese kommt überwiegend aus flexiblen Gaskraftwerken. Diese können, genau wie Wind- und Solarkraftwerke, schnell an den schwankenden Verbrauch angepasst werden.

Die Atomkraft ist hier nicht der Heilsbringer für die nächsten Jahre. Atom ersetzt Gas nicht. Beide Energieträger bedienen unterschiedliche Segmente des Markts beziehungsweise der Stromnachfrage.

Zugleich zeigen die Stresstests, dass wir in Deutschland ausreichende Kapazitäten haben. Allerdings weist das europäische Versorgungsnetz Schwachstellen auf.

Daher läuft auch die Diskussion um die Kohlekraft nach meiner Ansicht ins Leere. Es ist richtig, dass wir Kohlekraftwerke in der Reserve halten. Allerdings wäre es schädlich, mittel- und langfristig wieder auf die Kohle zu setzen.

Meine Damen und Herren, unser Land organisiert eine solidarische Unterstützung für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen. Das ist die eine Seite.

Die andere lautet: Energiesparen ist notwendig. Und da gilt für mich: Wir sind vier Millionen Menschen in Sachsen und viele von uns können ihren Teil dazu beitragen, dass Deutschland ohne Gasmangellage durch diese Krise kommt. Natürlich ist dieser Beitrag individuell unterschiedlich, natürlich kommen manche Menschen dabei schnell an ihre Grenze. Gleichzeitig sehen wir aber: Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen haben bereits einiges an Energie eingespart. Das gibt mir Hoffnung.

Seitens der Staatsregierung bieten wir seit Neuestem eine Informationsplattform für private Haushalte, für Kommunen und Unternehmen an. Hier werden ganz praktische Tipps in punkto Energieeinsparung, in punkto Verbraucherschutz- und Verbraucherrechte gebündelt und wichtige Fragen zur Energieversorgung beantwortet.

Wir haben viele Partner im Boot, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen teilen – von der Sächsischen Energieagentur über die Verbraucherzentrale, die Energieversorger, die Wirtschaft bis zu den Wohlfahrtsverbänden. Für die Nutzung dieser Informationen möchte ich hier werben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen:

Aus meiner Sicht sind Klimaschutz, wirtschaftliche Kraft und europäische Energiesouveränität nur mit einem massiven Ausbau erneuerbarer Energien möglich. Wir haben uns als Menschheit in eine globale Klimakrise manövriert. Durch den Angriffskrieg Russlands auf die

Ukraine kommt auch noch eine veritable Energiepreiskrise hinzu. Zudem können wir eine Gasmangellage nicht ausschließen.

Die Klimakrise ist mit voller Wucht auch in Sachsen angekommen. Wir erleben das in den letzten Jahren buchstäblich auch am eigenen Leib.

Deshalb ist es das Gebot der Stunde ist, jetzt in die Infrastruktur der Zukunft zu investieren und erneuerbare Energien auszubauen. Uns sollte daran liegen, über die akute Krise hinauszudenken und weitere Krisen zu verhindern. Das heißt auch, die Energie-Krise nicht gegen die Klimakrise und die weiteren Umweltkrisen auszuspielen. Vielmehr ist angezeigt, alles zusammen anzugehen und jetzt langfristige und nachhaltige Lösungen finden!

Die Energiewende bietet eine vielfache Dividende: Sie zahlt ein für den Klimaschutz und die Energiesouveränität, sie sichert die Attraktivität des Standorts, sie macht Energie bezahlbar.

Lassen Sie uns in diesem Sinne konstruktiv debattieren und die richtigen Schlüsse für unser Land ziehen. Vielen Dank!